



Nr. 22 – Mainz, den 13.7.2007

DGB und GdP fordern: Steuerschätzung für höhere Besoldung und Renten nutzen

In Mainz haben sich heute der DGB-Vorsitzende Dietmar Muscheid und der GdP-Vorsitzende Ernst Scharbach dafür ausgesprochen, einen Teil der zu erwartenden Steuermehreinnahmen für eine höhere Besoldung der Beamtinnen und Beamten und für einen Aufschlag auf die Renten zu nutzen.

Die Steuereinnahmen des Bundesfinanzministeriums seien im ersten Halbjahr noch stärker gestiegen als angenommen. Experten zufolge nehmen die Finanzämter fast 29 Mrd. Euro mehr ein, als im Vorjahreszeitraum.

Für das Land Rheinland-Pfalz prognostiziere die Steuerschätzung ein Plus von mehr als 600 Mio. Euro. Dies sei ein Gestaltungsspielraum für die Politik, der auch den Menschen im Land zugute kommen müsse, so der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende Dietmar Muscheid.

DGB und GdP appellieren an die Landesregierung, sich gemeinsam mit den Sozialverbänden und Gewerkschaften für eine deutliche Rentenerhöhung einzusetzen. Es sei außerdem an der Zeit, endlich den rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten entgegen zu kommen. GdP-Vorsitzender Scharbach: „Nach Nullrunden in 2005 und 2006 und nach erheblichen Einschnitten beim Weihnachtsgeld, der Beihilfe und der Versorgung fordern wir ein deutliches Plus bei der anstehenden Erhöhung der Besoldung. Für 2007 fordern wir Einmalzahlungen bis zu 900 Euro und ab 2008 müssen die Einkommen linear deutlich angehoben werden.“

Muscheid: „Unsere Polizisten, Lehrer und Feuerwehrleute üben seit Jahren Verzicht. Es steht ihnen zu, von dieser positiven Entwicklung des Landeshaushalts zu profitieren. Eine Besoldungserhöhung, in Höhe des für den öffentlichen Dienst erzielten Tarifergebnisses, von 2,9% ist längst überfällig.“